

# Stettiner



# Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 7. August 1884.

Nr. 365.

Berlin, 6. August. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 170. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 90,000 M. auf Nr. 32089.  
1 Gewinn von 30,000 M. auf Nr. 14178.  
4 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 69699  
80887 88225 89491.

33 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 130  
613 1579 3022 5963 7326 11455 13182  
21945 23275 27059 27972 32032 33644  
34923 36754 39379 42326 42380 44955  
48652 52150 53512 55511 57987 59995  
60204 64865 72066 74388 76798 82942  
93627.

54 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 323  
778 1184 5110 5418 6404 6488 6954  
8701 9435 9675 11486 11829 13593

16630 18282 18757 24697 29188 32757

37238 42182 43769 44548 46954 48048  
51238 53348 55027 55724 57563 58613

58940 58956 60566 61938 62001 64680

65094 66360 66868 70838 71164 74820

77165 78156 78908 82059 83772 87661

89139 89989 90270 93957.

69 Gewinne zu 550 M. auf Nr. 1759

3314 8125 9732 11224 11616 13043

15051 17877 18003 18004 21103 22848

23906 24334 24703 25750 25908 27231

27891 28929 29193 31022 31186 31502

33160 33824 35117 36730 37161 37427

38317 39767 40480 44207 44421 44712

45109 45338 51907 53076 53655 56228

57140 58472 59701 60474 61207 61211

61554 62280 64416 64460 67175 69435

69640 70828 72586 74115 74199 75450

77792 78125 79268 81164 83512 85314

87252 90162.

## Die Cholera.

Der in Neapel erscheinende „Pungolo“ bringt in einer seiner jüngsten Nummern einen längeren Aufsatz über die Cholera-Epidemie, in welchem er unter der besonderen Aufschrift „Eine Wiedervorstellung“ Nachstehendes erzählt: „Die Cholera-Mikroben“, deren Entdeckung sich die deutsche Wissenschaft rühmt, als wäre sie ihre eigene, sind vielleicht schon vor 30 Jahren von einem italienischen Arzt, dem Dr. Filippo Pacini aus Pistoia, welcher erst vor wenigen Monaten gestorben ist, entdeckt worden.

Der Doktor Filippo Pacini — so schreibt nämlich der Doktor Allegri, ein Schüler Pacini's, aus Balvarino Terranova — hat während der Cholera-Epidemie im Jahre 1854 in Tocana in seinem beschädigten Arbeitszimmer nicht mehr und auch nicht weniger entdeckt, als was jetzt nach 30 Jahren die deutschen Ärzte entdeckt zu haben glauben. Es sei mir hier gestattet, wörtlich wiederzugeben, was Doktor Pacini selbst in seinen im Jahre 1854 in der italienischen medizinischen Zeitschrift gedruckten Memoiren, deren Übersetzung in den „Archives de médecine militaire de Bruxelles“ im Jahre 1855 erschien, darunter schreibt:

„Nach genauerster Prüfung der verschiedenen Theile des Darmkanals der Choleraleichen müsste mich überzeugen, daß das Leiden von nichts Anderem hervorgerufen wird, als von einem ganz einfachen Organismus von außerordentlicher Zartheit, welchen ich mit einem allgemeinen modernen Ausdruck einfach als „Mikrobe“, in diesem speziellen Fall als „Cholera-Mikrobe“ bezeichnen will.“

Der Doktor Allegri hält den Umstand für nicht annehmbar, daß die deutschen Ärzte im Allgemeinen und der berühmte Dr. Koch im Besonderen die Arbeiten des Pacini gar nicht kennen sollten, denn die Denkwürdigkeiten Pacini's sind nach und nach und zwar in den Jahren 1865, 1866 und 1871 immer wieder veröffentlicht worden und im Jahre 1879 in französischer Übersetzung im „Journal des Sciences médicales de Bruxelles“, sowie in englischer Sprache im „Report on the Cholera-Epidemic of 1855“ erschienen.

Andererseits, so berichtet der genannte Doktor Allegri, wäre es nicht das erste Mal, daß die Früchte des italienischen Geistes im Staube der Archive jahrelang geruht hätten, bis endlich ein Fremder (welcher besser als wir unsere Angelegenheit kennt) sie ausgegraben und sich ihrer dann als seiner eigenen Entdeckungen gerühmt habe.

Nur uns aber trifft die Schuld; dem berühmten Dr. Koch, welcher 30 Jahre nach Pacini die

Mikrobe entdeckt, zahlt die deutsche Regierung 100,000 Mark — und hat Recht; — dem beschämten Pacini wurde unsererseits keine Aufmunterung zu Theil, ja noch mehr, er erntete nur das undankbare Vergehen von Seiten seiner eigenen Landsleute! Derselbe Pacini hat das Komende übrigens vorausgesehen und schon im Jahre 1875 selbst geschrieben: „Wenn meine wissenschaftlichen Forschungen mit fremdem Blitter aufgeputzt von Europa nach Florenz zurückgekehrt sein werden, dann wird man ihnen wohl Eingang in unsere Schulen gewähren, während unsere Knochen längst in saftiger Ruhe im Trespano (dem alten Kirchhofe von Florenz) modern werden.“ Und leider ist es auch so gekommen!“

Vermuthlich werden diese Behauptungen des italienischen Blattes von deutscher Seite nicht unbeantwortet bleiben. Sollten sie sich als begründet herausstellen, so würden sie das Verdienst des deutschen Forschers zwar einschränken, aber nicht aufheben; denn die Studien Koch's über die „Cholera-Mikrobe“ haben die Kenntnis von diesen Lebewesen bedeutend erweitert.

Wie von Herrn Kreisdirektor Böhm in Kolmar der „Straß. Post“ telegraphisch mitgetheilt wird, ist der Erkrankungsfall in Balzeheim nicht die Cholera.

Nach den nunmehr vorliegenden offiziellen Zugeständnissen von italienischer Seite ist konstatiert, daß eine Anzahl Cholerafälle in norditalienischen Dörfern in Folge der Einschleppung aus Toulon und Marseille vorgekommen. Eine natürliche Folge der Italienscherheits längere Zeit betriebenen Abstiegungsmethode ist, daß jetzt dem endlichen Eingeständnis der Zweifel entgegen gesetzt wird, ob der Umfang des Uebels nicht in wahrheitswidriger Weise durch die offiziellen Darstellungen verkleinert wird.

Über eine in die Umgegend von Genf eingeschleppten Fall berichten die dortigen Blätter: Eine Dame aus Marseille, welche aus dieser Stadt geflüchtet, um die Aussteckung zu meiden, hatte sich am Montag, den 28. Juli, in einer Villa zu Besoix, 6 Kilometer von Genf gelegen, niedergelassen. Unglücklicherweise war sie zu spät von Marseille abgereist. Die Krankheit, an welcher sie schon vor ihrer Ankunft in Besoix litt, kam rasch zum Ausbruch, und die Dame erlag derselben schon am folgenden Tage. Die scharfsten Maßnahmen sind getroffen worden, um die Aussteckung zu verhindern: die von der Kranken bewohnten Zimmer und die von derselben gebrauchten Effekten sind mit aller Sorgfalt — unter der Überwachung des Inspektors der öffentlichen Gesundheitspflege — desinfiziert worden gemäß den Vorschriften des Bundeszirkulars. Das Haus, worin der Todesfall sich ereignete, steht glücklicherweise an keiner anderen Wohnung an. Da darin befindlichen übrigen Personen sind bis auf Weiteres konstigt worden, und es ist Grund zur Hoffnung vorhanden, daß in Folge der getroffenen Maßnahmen die Krankheit sich nicht weiter verbreiten werde. Der Gesundheitszustand der übrigen Familienmitglieder ist bis jetzt ausgezeichnet.

Das „Journal de St. Petersbourg“ erklärt gegenüber den Meldungen französischer und belgischer Zeitungen von dem Auftreten epidemischer Krankheiten in Russland, daß weder in Petersburg noch in irgend einer anderen Stadt Russlands die Cholera herrschte. Wenn von dem Auftreten einer italienischen Pest in Russland gesprochen werde, so liege eine Verwechslung mit der Kinderpest vor. Menschen seien an einer pestartigen Krankheit nicht gestorben.

Die griechische Regierung hat auf das Gutachten des Medizinalrates das Gesetz vom Jahre 1867 wieder in Kraft gesetzt, nach welchem während der Dauer von epidemischen Krankheiten alle griechischen und fremden Fahrgäste, die sich von einem fremden Hafen nach Griechenland begeben, mit einer Sanitäts-Beglaubigung eines griechischen Konsulats, oder wenn ein solches nicht vorhanden ist, irgend eines anderen europäischen Konsulates versehen sein müssen. Bei dem Fehlen einer solchen Beglaubigung werden die Schiffe, je nachdem die Sanitätsbehörde nach den Auslagen der Schiffsmannschaft darüber entscheidet, „Auf die an mich ergangene Anfrage hin erkläre ich hierdurch, daß die an die Berliner afrikanische Missionsgesellschaft ergangenen Aufforderungen, uns offiziell an dem Unternehmen des Ankaufs von Länderstreifen an der Walchsee zu beteiligen, mir keinerlei Kenntnis zugegangen ist. Wäre die Aufforderung an uns ergangen, so hätte unsere Antwort natürlich nur ablehnend erfolgen können, da die Missionarbeit in der Nähe der Walchsee von der rheinischen Missionsgesellschaft betrieben wird, und es Grundsatz der deutschen evangelischen Missionsgesellschaften ist, daß keine in das Gebiet der anderen eindringt. Wie würden also in dem Falle, daß die Aufforderung an uns ergangen wäre, nur auf die rheinische Missionsgesellschaft haben verweislich können.“

einer eingetretenen Choleraerkrankung einer elfstätigten Quarantäne unterworfen.

## Deutschland.

Berlin. 6. August. Dem Vernehmen nach haben viele deutsche Familien, welche nach der Schweiz zu reisen beabsichtigen, auf die in Aussicht genommene Reise in der unzutreffenden Vorauflistung verzichtet, daß die Reisenden durch Räucherungen und andere ähnliche lästige Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera bestützt werden. Um dieser irrtümlichen Ansicht entgegenzutreten, sind wir auf Grund offizieller aus Bern eingeholter Erfundungen zu der Erklärung ermächtigt worden, daß an der Nordgrenze und an der Ostgrenze der Schweiz nirgends ein derartiges Verfahren zur Anwendung kommt und daß an der schweizerisch-französischen, resp. an der schweizerisch-italienischen Grenze nur in den Grenzstationen Bex, Verreries, Vallorbe, Genf und Chiasso Räucherungen vorgenommen werden. Es haben somit die aus Deutschland, Belgien, Nordfrankreich, Österreich und den betreffenden Hinterländern kommenden Reisenden keinerlei Belästigungen zu gewartern, diejenigen dagegen, welche aus Italien und Südfrankreich kommen, werden den gesuchten Maßregeln nur dann unterworfen, wenn sie die Schweizer Grenze über eine der 4 genannten Grenzstationen überschreiten.

Berlin. 6. August. Betreffenden Ortes hatte man sich veranlaßt gehabt, durch die „Nord. Allg. Ztg.“ vor einiger Zeit die Frage der Einführung einer Normalzeit für ganz Deutschland anzuregen zu lassen. In Folge dessen erhob sich von den verschiedensten Seiten ein sehr lebhafter Widerspruch gegen eine derartige Neuerung. Namentlich waren es die gewöhnlichen und Handelskreise, in welchen die „Normalzeit“ für Deutschland Bedenken erregte. Wie in der „Nord. Allg. Ztg.“ jetzt mitgetheilt wird, sind diese Bedenken ernsthaft genug gewesen, um dieselben in einer an den Fürsten Reichskanzler gerichteten Petition geltend zu machen, mit der Bitte, um unbedingte Aufrechterhaltung aller natürlichen Ortszettel im bürgerlichen Leben, daneben aber die volle und umfassendste Unifikation derjenigen Zeitangaben im inneren Dienste des Verkehrsweises, welche von dem Einflusse der Verschiedenheiten der Ortslage und von Ortsveränderungen unabhängig gehalten werden müssen.“

Ebenso erklärt man sich von wissenschaftlicher Seite zwar für den Gedanken einer Universalzeit für das internationale Verkehrsleben, legt aber Verwahrung gegen die weitere Einführung einer Universalzeit ein. In der „Nord. Allg. Ztg.“ werden ferner eine Reihe von Bedenken zitiert, welche in der Presse gegen eine derartige Maßregel geltend gemacht worden sind, und sie bemerkt zum Schlusse: „Diese Ausführungen lassen hervorragend erkennen, wie verschiedenartig die Gesichtspunkte und die Interessen sind, deren Beurteilung vollendet sein muß, bevor die Frage, um welche es sich handelt, für bestimmte Entscheidungen reif geworden sein wird. Dazwischen aber werden vermutlich diejenigen Kreise, deren Auffassung in unserm früheren, eingangs erwähnten Artikel niedergelegt ist, an die Hoffnung festhalten, daß trotz der entgegenstehenden Hindernisse ihre Wünsche sich werden realisieren lassen.“

Prinz Heinrich erledigt zur Zeit einen Informationskursus bei der kaiserlichen Admiralität. Sein Adjutant ist der Unterleutnant zur See v. Wöhleben. Dem Vernehmen der „K. Z.“ nach wird der Prinz nach Beendigung winterlicher Fachstudien an der Marine-Akademie in Kiel zum Frühjahr an Bord des Panzerübungsgeschwaders und zwar voraussichtlich auf die Panzerfregatte „König Wilhelm“ kommen, welche wahrscheinlich zum Flaggschiff des Geschwaders bestimmt werden wird. Die Panzerfregatte wird noch in diesem Herbst eine Indienststellungsprobe erledigen.

Bon hier wird der „Magdeb. Ztg.“ geschrieben:

„Wie man jetzt erfährt, ist die Massenauswirkung der sich hier aufhaltenden Russen auf direkten Wunsch der russischen Regierung und mit Genehmigung des Ministers v. Puttkamer nach Rücksprache mit dem Reichskanzler Fürst Bismarck erfolgt. Zu einer noch ausgedehnteren Berathung in dieser Angelegenheit dürfte die demnächstige Rückkehr des russischen Botschafters Fürst Orlon Anlaß geben.“

Der Missionsdirektor Dr. Wangelmann an der „K. Z.“ folgende Erklärung: „Auf die an mich ergangene Anfrage hin erkläre ich hierdurch, daß die an die Berliner afrikanische Missionsgesellschaft ergangenen Aufforderungen, uns offiziell

ziell an dem Unternehmen des Ankaufs von Länderstreifen an der Walchsee zu beteiligen, mir keinerlei Kenntnis zugegangen ist. Wäre die Aufforderung an uns ergangen, so hätte unsere Antwort natürlich nur ablehnend erfolgen können, da die Missionarbeit in der Nähe der Walchsee von der rheinischen Missionsgesellschaft betrieben wird, und es Grundsatz der deutschen evangelischen Missionsgesellschaften ist, daß keine in das Gebiet der anderen eindringt. Wie würden also in dem Falle, daß die Aufforderung an uns ergangen wäre, nur auf die rheinische Missionsgesellschaft haben verweislich können.“

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Berufung des Herrn Dr. Schenckinger zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Berliner Universität.

Aus Kiel wird der „Danziger Zeitung“ geschrieben: „Von der Admiralität ist die Einführung von Torpedobordarmirungen und Revolverkanonen auf 44 Schiffen unserer Marine vorgesehen, eine Maßnahme, welche für die Fahrzeuge einen nicht unverhältnismäßig hohen Mehrbedarf an Personal erfordert. Es wird die Etatstärke dieser Schiffe dementsprechend erhöht werden: a. für die Torpedobordarmirung um 28 Maschinisten, 76 Maschinistenmaate, 222 Heizer, 108 Matrosenunteroffiziere und 396 Matrosen; b. für die Revolverkanonen um 1011 Matrosen; im Ganzen also um 1841 Mann. Es entfallen hierauf zur Torpedobordarmirung auf die Panzerfregatten „König Wilhelm“, „Kronprinz“, „Friedrich Karl“, „Friedrich der Große“, „Preußen“, „Kaiser“ und „Deutschland“ 238 Mann, auf die Panzerkorvetten „Bayern“, „Sachsen“, „Baden“, „Württemberg“ und E (im Bau) 135 Mann, auf die Panzerkorvette „Hansa“ 15 Mann, auf die Panzerkanonenboote „Wespe“, „Biber“, „Biene“, „Mücke“, „Skorpion“, „Bassifist“, „Chamaleon“, „Kröpodi“, „Salamander“, „Natter“, „Hummel“, „Bummer“ und N (im Bau) 178 Mann, auf drei gedrückte Korvetten (Seeladettenschiffen) 72 Mann, auf sechs gedrückte Korvetten der Bismarckklasse 84 Mann, auf vier Glattdecksorvetten der „Carola“-Klasse 48 Mann, auf die beiden in Bau befindlichen Glattdecksorvetten G. und Ersatz-„Nymphe“ 24 Mann, auf die beiden Achsen „Blitz“ und „Pfeil“ 24 Mann und auf „Arminius“ 12 Mann. Der Mehrbedarf an Offizieren ist, so weit bekannt, nicht festgestellt. Es wird selbstredend eine Etatvermehrung an Torpedoführern, Ingenieuren und Mechanikern mit der successiven Beschaffung von Torpedobordarmirungen Hand in Hand gehen müssen.“

Da der dänischen Tagespresse herrscht eine lebhafte Aufregung darüber, daß ein deutsches Geschwader von vier gepanzerten Korvetten, vier gepanzerten Kanonenbooten und zwei Dampfschiffen in der letzten Woche auf der Außenrède von Kopenhagen erschienen sei, mit den Batterien auf Kronborg, die üblichen Salutschüsse gewechselt und dann die Fahrt durch den Sund nach der Nordsee fortgesetzt habe. Die Aufregung hierüber ist jedenfalls unbegründet, da, wie man der „Allgemeinen Zeitung“ schreibt, von deutscher Seite mit diesem Er scheinen eines Theiles der deutschen Panzerschiffe bei Kopenhagen keine politische Demonstration beabsichtigt wurde. Es herrschte bisher die Sitte, daß alle deutschen schweren Panzerschiffe und größeren Kriegsschiffe, mit Ausnahme der Schulschiffe, auf ihren Fahrten von Kiel nach der Nordsee den Weg durch den großen Welt und nicht durch den Sund nahmen. Es geschah dies ihrhils deswegen, weil weiter Westwärts näher, dann aber auch, weil das Fahrwasser im Welt für sehr tiefliegende Schiffe breiter und daher minder gefährlich ist, als die schmale Passage durch den Sund. Als aber jetzt das Geschwader der vier schweren Panzerkorvetten „Bayern“, „Württemberg“, „Sachsen“ und „Baden“ nebst vier schweren arbeiteten Kanonenbooten von Kiel in die Nordsee segelte, ließ man abschließlich diese Schiffe, die alle keinen großen Tiefgang haben, den Weg durch den Sund nehmen, damit alle unsere Seesoffiziere auch die dortigen Gewässer praktisch genau kennen lernen. Wenn man sich dabei in Kopenhagen durch den Augenhaken überzeugt, daß Deutschland jetzt mit Leichtigkeit ein Geschwader von Panzerschiffen dahin entlaufen kann, welches stark genug wäre, alle dortigen Befestigungen sofort zu vernichten, so braucht dies keineswegs als Demonstration gedeutet zu werden. Das Geschwader hatte übrigens im Kattegat so große Stürme zu befürchten, daß die niedrigen Kanonenboote fast nicht unter Wasser schwammen, doch sind Havarien glücklicherweise nicht vorgekommen.

Kraszewski hat in neuerer Zeit zwei Briefe geschrieben, deren Inhalt von den polnischen Zeitungen wiedergegeben wird. In einem derselben, welcher in französischer Sprache geschrieben und an einen seiner näheren Freunde in der Schweiz gerichtet ist, bittet er darum, sich in der Presse möglichst wenig mit seiner Person zu beschäftigen, da er nur auf diese Weise darauf hoffen könne, daß seine Lage in der Festung Magdeburg eine exträglichere werde; denn gegenwärtig werde seine Korrespondenz kontrolliert, es werden keine Besuche zu ihm gelassen und ihm auch das freie Umhergehen im Umkreis der Festung verweigert, während anderer Gefangenen größere Freiheiten als er genießen. Sein Gesundheitszustand sei gegenwärtig ein sehr ungünstiger; seine Füße seien geschwollen, er könne nicht schlafen und habe keinen Appetit. — In einem anderen, an die Warschauer „Klosy“ (Aehren) spöttet sich Kraszewski etwas günstiger über seinen Gesundheitszustand aus, und klagt nur hauptsächlich über allgemeine Schwäche und eine Art von Erstickung.

Der klerikale Reaktion in Belgien genügt das von dem Kabinett Malou ausgearbeitete neue

Schulgesetz noch lange nicht. Der von dem Deputierten Lantsbeers über das neue Schulgesetz erstattete Kommissionsbericht beweist, so wird der „Weser-Ztg.“ aus Brüssel geschrieben, daß die Kommission dasselbe sehr erheblich in klerikalem Sinne noch verstärkt hat. Die im Regierungsentwurf enthaltene Bestimmung,

nach welcher die kommunale öffentliche Schule auf

Berlangen von 20 Familienvätern erhalten bleiben muß, ist dahin abgeändert worden, daß diesem Berlangen nur dann stattgegeben werden darf, wenn die permanente Provinzialdeputation ihr Einverständnis damit erklärt hat. Da nun von den neuen Provinzen fünf Provinzialdeputationen (die der beiden Flandern, Antwerpen, Luxemburg, Umlburg) durchaus klerikal zusammengesetzt sind, so ist das Schicksal der kommunalen Schulen in diesen Provinzen so gut wie festgelegt. Der Minister Jacobs hat noch ausdrücklich für die Negierung das Recht in Anspruch genommen, falls die Zahl der Familienhäupter, deren Kinder die Kommunalschule besuchen, unter 20 sinkt, über das Fortbestehen oder die Auflösung derselben endgültig zu entscheiden. Die Bestimmung, nach welcher nicht geprüfte Lehrer Anstellung finden dürfen, ist beibehalten und noch hinzugefügt, daß auch Lehrer angestellt werden sollen, die ihr Examen vor einer von der jeweiligen Regierung einzuführenden Kommission bestehen und außerdem „adoptirt“, d. h. klerikale Lehrer der freien Schulen. Letztere haben weder ein Examen (I) nachzumachen, noch leisten sie den Eid. Endlich sollen diejenigen Lehrer, die seit 1879 unter der Herrschaft des bisherigen Schulgesetzes wegen mangelnder wissenschaftlicher Kenntnisse entlassen worden sind, vorzugsweise Berücksichtigung finden, auch ihnen die Jahre, wo sie unbeschäftigt waren, bei der Pension angerechnet werden. Das einzige liberale Mitglied der Kommission, der frühere Minister des Innern, Nolin, bekränkte sich darauf, da ja der Abschluß der Kommission im Vorraus feststand, einen energischen Protest gegen das neue Schulgesetz, das er als welt über das Gesetz von 1842 hinausgehend, als „schlecht, gewaltsam und ungerecht“ bezeichnet, zu erheben und sich aller weiteren Anträge zu enthalten.

Das seltsamste Nachspiel der Londoner Konferenz bildet die Thatache, daß die beiden zumeist an derselben beteiligten Mächte, England und Frankreich, sich gleichmäßen über deren Scheitern freuen oder wenigstens sich zu freuen anstellen, freilich aus sehr verschiedenen Gründen. Die liberale Presse Englands, bis selbst in die radikalen Reihen hinein, beglückwünscht Gladstone, daß er nunmehr wieder freie Hand in Egypten gewonnen habe und erwartet nun eine Politik selbstständiger Aktion, deren Einzelheiten freilich noch im Unbekannten schwelen. Das Kabinets-Mitglied, Lord Northbrook, welches sich soeben als außerordentlicher Bevollmächtigter nach Egypten begeben hat, soll offenbar erst der Regierung selbst die nötige Klarheit schaffen. Der Genannte ist, bei läufig bemerkte, ein ausgezeichneter Kenner orientalischer Verhältnisse.

Die französische Presse gründet ihre Auseinandersetzung der Genugthitung über das Scheitern der Londoner Konferenz auf Beträchtungen, wie sie z. B. in der „Rep. fr.“ sich finden. Auch ihr scheint es zunächst ein Vortheil, daß Frankreich wieder frei hand hat. England, so wird weiter argumentirt, befindet sich jetzt wieder thatfächlich, aber nicht richtig, allein in Egypten. Doch dadurch hat es nichts gewonnen, denn seine Verpflichtungen, namentlich die, daß es nicht einseitig an das Liquidationsgesetz führen darf, bestehen nach wie vor weiter, und ebenso dauern die von England in dem besondern Abkommen ausdrücklich anerkannten Ansprüche Frankreichs auf eine besondere Stellung und besondere Rechte in Egypten fort, auch wenn das Abkommen als solches keine Verbindlichkeit mehr habe. Will England nicht Egypten allein aus seinen Finanznoten helfen, so kann es sein selbstständiges Regiment dort nur durch einen Bankrott eröffnen. Bestehen bleibt auch die Unzufriedenheit der Eingeborenen mit Englands Regiment und der Entschluß Europas, sich nicht aus Egypten herauszuweisen zu lassen. Gladstone, das erholt aus diesen Ausführungen, wird jedenfalls bei seinem weiteren Vorgehen noch mehr als bisher französische Geheimnisse auf seinem Wege zu passieren haben.

Darmstadt, 4. August. Ein in Mannheim erscheinendes Blatt, die „Neue Bad. Landes-Zeitung“, erklärt sich in der Lage, folgend „zuverlässige Mitteilungen“ zu der Frage zu machen, „ob die Ehe des Großherzogs von Hessen noch zu Recht besteht oder nicht“. Die Wahrheit, sagt das Blatt, liege in der Mitte: die Trennung der Ehe dem Bande nach sei ausgesprochen, das Urtheil aber nicht rechtskräftig. Das Scheidungs-Urtheil sei am 9. Juli v. J. erlassen und am 22. Juli zugesetzt worden. Nachträglich habe die Gräfin von Huttens-

Capska, geschlechte Frau von Kolomine, gefunden, daß sie zu vorschnell in die Scheidung gewilligt habe. Sie habe deshalb ihren bisherigen Vertretern das Mandat entzogen und einen Mannheimer Rechtsanwalt mit der ferneren Wahrung ihrer Interessen beauftragt. Derselbe sei von der Gräfin vor etwa 14 Tagen telegraphisch nach Dresden berufen worden, habe sodann in Leipzig einem reichsgerichtlichen Rechtsanwalt die nötige Information erhielt und befindet sich zur Zeit im Bade Kösen, wo die Gräfin für den Rest des Sommers mit ihrem Sohnchen ersten Ehe Aufenthalt genommen habe. Abgesehen von der Zuständigkeitsfrage und dem summarischen Verfahren setzen auch die materiellen Gründe des Scheidungsurtheils so vag, daß eine Aushebung derselben wohl kaum zweifelhaft sein dürfte. Dem genannten Blatt, welches die Gräfin eine „mit allen Vorzügen des Herzens und Geistes ausgestattete Dame“ nennt, muß die Verantwortung für seine Angaben überlassen bleiben. Sollten sie richtig sein, so würde die Nachricht des Londoner „Truth“, daß der Großherzog zu Gunsten seines Sohnes abzudanken beabsichtige, an Bedeutung gewinnen.

Krefeld, 2. August. Auf die Immediaturlage des niederrheinischen Weberbundes vom 9. April d. J. an Se. Majestät den Kaiser ist, wie die „Janungs-Zeitung“ mittheilt, an den Bundespräsidenten folgendes Antwortschreiben er-

gangen:

Berlin, den 23. Juli 1884.

Auf Aufforderung Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erwidere ich Euer Wohlgeboren auf die Immediatoorstellung vom 9. April d. J., betreffend die Abänderung des Innungsgesetzes, daß den Innungen die im § 100e vorgesehene Einwirkung auf die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen, so wie die Prüfung von Lehrlingen, welche nicht bei Innungmeistern beschäftigt sind, nur dann zugestanden werden kann, wenn sie die Gewähr bieten, daß sie diese Einwirkung in einer dem öffentlichen Interesse entsprechenden Weise ausüben werden. In der Thatache allein, daß eine Innung sich nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes vom 15. Juli 1881 organisiert hat, kann diese Gewähr nicht gefunden werden. Es muß viel mehr noch hinzukommen, daß dieselbe in ihrem eigenen Kreise die hinsichtlich des Lehrlingswesens obliegende Aufgabe erfüllt.

Hinsichtlich des weiteren Antrags auf Erlass einer gesetzlichen Bestimmung, wonach Arbeitgebern, welche in der Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig seien würden, gleichwohl aber der Innung nicht beitreten, von einem bestimmten Zeitpunkte ab das Recht, Lehrlinge anzunehmen, soll entzogen werden können, welche ich darauf hin, daß der Reichstag inzwischen einen diesem Antrage entsprechenden Gesetzentwurf angenommen hat, welcher zur Zeit der Beschlusssitzung des Bundesrats unterliegt.

Dem ferner Antrage, alle Arbeitgeber, welche eines der in der Innung vertretenen Gewerbe selbstständig betreiben und der Innung nicht angehören, zu verpflichten, bestehenden Innungskrankenkassen beizutreten und zu den Kosten von Innungs-Lehrlingen beizutragen, kann mit Rücksicht auf die erst neuerdings erfolgte Regelung der Krankenversicherung und auf den gegenwärtigen Stand der Entwicklung des Fachschulwesens zur Zeit nicht näher getreten werden.

Was schließlich die Einführung von Gewerbezimmern betrifft, so liegt zu einer reichsgerichtlichen Regelung dieser Angelegenheit für jetzt kein ausreichender Anlaß vor, da bereits in verschiedenen deutschen Staaten Gewerbezimmern bestehen, und die häufig preußische Staatsregierung gegenwärtig mit den Vorbereitungen zu deren Errichtung beschäftigt ist.

An den Präsidenten des Niederrh. Weberbundes Herrn P. Johann Jennekes Wohlgeboren Neuerk.

Mit Erfolg.

Niederl.

Neuerk.

Neuerk.